

Religion und Politik in Deutschland

Wie stehen die Deutschen zu Religion und Politik? Genauer: Wie lassen sich ihre Religiosität und Kirchlichkeit kennzeichnen und inwieweit vertreten sie christliche Werte, aus denen sich Leitlinien politischen Handelns ableiten lassen? Akzeptieren sie das bestehende Staat-Kirche-Verhältnis? Und wie sind sie gegenüber den in Deutschland lebenden Muslimen und der Gestaltungsfreiheit ihrer religiösen Praxis eingestellt? Zu diesen gewichtigen Fragekomplexen gab die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Telefonumfrage in Auftrag, welche das Institut für Markt- und Politikforschung „dimap“ im Dezember 2002 unter 2000 Bundesbürgern über 16 Jahren durchführte. Eine mittlerweile erschienene Publikation¹ enthält – neben einem Vorwort des Herausgebers Bernhard Vogel (7–10) – sowohl das nach den „wichtigsten“ Sozialkategorien gegliederte Datenmaterial dieser Untersuchung (197–414) als auch sieben Beiträge, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Ergebnisse auswerten und in einen größeren Kontext stellen (11–196).

Diese Kommentare stammen von CDU-Politikern (Christoph Böhr, Hermann Kues), Kirchenleuten (Hans Langendörfer SJ, Manfred Spieker), der muslimischen Ausländerbeauftragten von Berlin-Schöneberg (Emine Demirbükten) und zwei Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung (Stefan Eisel, Johannes Christian Koecke). Eher grundsätzlicher Natur sind die spannungsreich betitelten Ausführungen von Böhr („Der politische Anspruch des christlichen Menschenbildes in der säkularisierten Gesellschaft“, 11–40) und Langendörfer („Politik ist nicht alles – Über die politische Präsenz der Kirchen“, 41–69). Unmittelbarer der Interpretation der Daten widmen sich vier weitere Aufsätze: Kues („Werte in der Politik“, 70–78) und Eisel („Das ‚C‘ als Chance für die Union“, 79–92) arbeiten politische Aspekte heraus, während Spieker (92–126) und Koecke (127–153) die religiöse Landschaft erkunden, namentlich die missionarischen Aufgaben und das existierende Potential der Kirchen. Mit ihrem

Überblick über die Geschichte, die neuralgischen Punkte der Glaubenspraxis und die Organisationen des Islam in Deutschland ergänzt Demirbükten (154–196) die christliche Perspektive der übrigen Beiträge.

Als einmalige, zeitpunktbezogene Umfrage zeichnet die Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung keine zeitlichen Entwicklungen nach, sie fördert aber vielschichtige Strukturmuster zutage. Eine gerade für die kirchliche Pastoral wichtige Grobeinteilung liefert Koecke mit einer Zusammenschau der Variablen zu Religiosität und Kirchlichkeit (150f.): Demnach können 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung als „treue Stammkunden“ der Kirche gelten, die in allen wesentlichen Fragen mit ihr übereinstimmen und im Glauben feststehen. Etwa die gleiche Prozentzahl hat ein lockereres, aber durchaus wohlwollendes Verhältnis zu Glauben und Kirche. Somit teilt rund die Hälfte der Menschen in Deutschland die christlichen Glaubenssätze und das christliche Menschenbild und steht den Kirchen einigermaßen nahe. Der Rest, also 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung, hat für die Kirche potentiell als „Laufkunden“ zu gelten, die erst noch gewonnen werden müssen. Doch bei der Hälfte dieses Bevölkerungsanteils (20–25 % der Gesamtbevölkerung) dürfte dies „kaum noch gelingen“, da es sich nach Koeckes Urteil um eine „kirchenfeindliche oder agnostische“ Klientel handelt.

Nicht überraschend ist, daß bei bestimmten Bevölkerungsteilen die Entfremdung von Glaube und Kirche am weitesten fortgeschritten ist: Dies gilt bekanntermaßen von den ostdeutschen Befragten, von denen sich – um nur eine Variable anzuführen – lediglich 23 Prozent für „sehr“ oder „ziemlich“ religiös halten, während dieser Anteil in den alten Bundesländern mit 48 Prozent mehr als doppelt so groß ist. Eine ähnlich große Distanz zu Religion und Kirchen ist bei jungen Leuten zu beobachten: 27 Prozent der 16- bis 24-jährigen bezeichnen sich als „sehr“ oder „ziemlich religiöse Menschen“, verglichen mit rund 50 Prozent der

über 45jährigen (315). Von der genannten jüngsten Altersgruppe geht gerade mal ein Prozent mindestens einmal pro Woche „in die Kirche“, hingegen 14 Prozent der über 60jährigen (309). Es überrascht allerdings, daß auch die Glaubensüberzeugungen dieser ältesten Gruppierung in bestimmten Bereichen brüchig werden: Bei ihr ist sowohl der Glaube an einen persönlichen Gott wie an ein Leben nach dem Tod erheblich weniger häufig ausgeprägt als in allen anderen Altersgruppen (323, 334). Neben Ostdeutschen und jungen Leuten habe sich, so Koecke mit Rückgriff auf im Text nicht ausgewiesene Variablen, eine weitere Gruppierung aus „vielen Segmenten von Glaube und Kirche“ verabschiedet, nämlich das „arrivierte, im Zenit seiner Schaffenskraft stehende und gut gebildete Bürgertum“. Solange die Kirche noch „Träger von Ordnung“ gewesen sei, habe es ihr nahegestanden; als Vermittlerin der Botschaft der Erlösung durch Christus werde sie nun „kaum noch gehört“ (152).

Im Hinblick auf Glaubensinhalte bestätigen sich Ergebnisse anderer Befragungen, wonach mehr Menschen an die Existenz einer „überirdischen Kraft“ (40% der Befragten) glauben als an die eines „persönlichen Gottes“ (30%). Hier liegt offensichtlich ein Verständnis- und kirchliches Verkündigungsproblem vor, denn zwei Drittel, und damit ein mehr als ein doppelt so großer Anteil als der zuvor genannte, sagen von sich, daß sie beten (319, 323). Zentrale Inhalte des christlichen Glaubens (an die Auferstehung Christi, die drei göttlichen Personen, Jesus Christus als Gott und Mensch, das jüngste Gericht) stoßen bei rund der Hälfte der Befragten auf Rückhalt. Daß demgegenüber Elemente des sogenannten „christlichen Menschenbildes“ (z.B. daß der Mensch von Gott geschaffen ist, sein Leben vor Gott verantworten muß, fehlbar ist) eine viel breitere gesellschaftliche Akzeptanz besäßen, trifft nicht zu: Sie werden nur unwesentlich häufiger bejaht, auch stimmen ihnen kirchendistanziertere Milieus nicht vermehrt zu. Eine Ausnahme ist allerdings festzustellen: Die ohne Gottesbezug formulierte Aussage „Der Mensch ist grundsätzlich unvollkommen und fehlbar“ findet breite Zustimmung (bei 85% der Befragten), auch in Ostdeutschland und bei jungen Leuten (326–345).

Verglichen mit Kirchenbindung (21% fühlen sich der Kirche „sehr stark“ oder „stark“ verbunden) und Gottesdienstbesuch (9% gehen mindestens einmal pro Woche „in die Kirche“), überrascht die große erfahrene oder gewünschte Nähe zum Geistlichen vor Ort: Zwei Drittel der Befragten kennen den Pfarrer oder Pastor ihrer Gemeinde persönlich, fast die Hälfte hat sich mit ihm „schon mal intensiv unterhalten“ und die Mehrheit davon wünscht „öfter solche Gespräche“ (262–269). Hierin zeigt sich ein personales, ortsnahes Potential kirchlicher Präsenz, das die Reichweite regelmäßiger kirchlicher Rituale weit überschreitet und das deswegen durch die anstehenden kirchlichen Strukturreformen nicht zerstört werden sollte! Aufmerksamkeit verdient außerdem der Umstand, daß von derartigen Kontakten mit Geistlichen die Arbeiter und Arbeitslosen weitgehend ausgeschlossen sind. Ursache dafür ist offensichtlich jedoch nicht das mangelnde Interesse der beiden letztgenannten Personengruppen. Denn 32 Prozent der Arbeitslosen erklären, sie hätten sich mit dem Pfarrer bereits intensiv unterhalten, aber 71 Prozent wünschen dies gerne öfter (141f.). Kirchliche Verantwortliche werden hart daran arbeiten müssen, aus dieser Milieuverengung auszubrechen.

Mit Hilfe mehrerer Antwortvorgaben wurde ermittelt, was die Befragten als die praktischen Aufgaben der Kirchen in Deutschland ansehen (215–235): Es überrascht zunächst nicht, daß dabei die Gestaltung von Gottesdiensten, die „Seelsorge für Gemeindemitglieder“ und „Hilfe für Familien in Not“ mit Zustimmungswerten von 98 bis 87 Prozent die Spitzenplätze einnehmen. Auf die Nachfrage jedoch, ob die Kirchen da jeweils „genug tun“, zeigt sich in den beiden letztgenannten Bereichen die insgesamt größte Diskrepanz (rund 60 Prozentpunkte) zwischen der zugeschriebenen Wichtigkeit und der wahrgenommenen Erfüllung dieser Kernaufgaben. Mittlere Plätze in der zugeschriebenen kirchlichen Aufgabenhierarchie nehmen die Militärseelsorge, die Entwicklungshilfe und der Betrieb von Kindergärten, von Krankenhäusern und Pflegezentren, sowie von Konfliktberatungsstellen ein, was sich als Anerkennung des Status quo interpretieren läßt. Am wenigsten als kirchliche Funktionen gelten der Betrieb von Schulen und die Mitgestaltung

von Rundfunk- und Fernsehprogrammen. Die Umfrageergebnisse mahnen zur Nüchternheit in der Einschätzung der – angeblich so überaus attraktiven – Schulen in kirchlicher Trägerschaft: Besser als staatliche Schulen gelten sie nur 21 Prozent aller Befragten (und 12 % der 16 bis 24jährigen); bei der Frage, ob sie eigene Kinder auf kirchliche Schulen schicken würden, halten sich Befürworter und Gegner mit Anteilen von jeweils rund 48 Prozent die Waage (238–253).

Ermutigt zu öffentlichen Stellungnahmen dürfen sich die Kirchen in Deutschland dadurch fühlen, daß knapp zwei Drittel der Befragten – auch der ostdeutschen – von ihnen erwarten, sich „in Zukunft in ethischen und moralischen Fragen stärker in der Öffentlichkeit zu Wort zu melden“ (258f.). Als eher begrenzt ist freilich die existentielle Bedeutsamkeit kirchlicher Erklärungen einzuschätzen: Nur – oder immerhin? – 19 Prozent der Interviewten haben sie nach eigenen Aussagen „persönlich schon einmal für ihre eigene Meinungsbildung herangezogen“ (213f.) – Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen (30 %) übrigens häufiger als von CDU/CSU (23 %), FDP (17 %) und SPD (16 %).

Spezifiziert nach konkreten Themen, stehen die Menschenrechte, „Krieg und Frieden“ und die Sterbehilfe ganz oben in der Wunschliste für kirchliche Äußerungen in der Öffentlichkeit. Mittlere Plätze nehmen Stellungnahmen zum Schutz von Ehe und Familie, zum Zusammenleben mit hier lebenden Ausländern, zur Abtreibung und zur Embryonenforschung ein. Daß Kirche zu Zuwanderungsfragen und wirtschaftlichen Angelegenheiten („Wirtschaftsordnung“ einschließlich „Mitbestimmung“ und „Globalisierung“, „Sozialgesetzgebung“, „Arbeitslosigkeit“) Stellung beziehe, wird demgegenüber insgesamt am wenigsten befürwortet – mit Ausnahme allerdings der Ostdeutschen und der Arbeitslosen, denen klare Worte der Kirchen zu ihren wirtschaftlichen und sozialen Sorgen am Herzen liegen. Die genannten Wirtschaftsthemen schneiden auch dann am schlechtesten ab, wenn danach gefragt wird, an welche kirchliche Stellungnahmen sich die Interviewten noch erinnern können (199–212, 274–292). Sollte diese niedrige Bewertung kirchlicher Äußerungen zu den gesellschaftlichen Schlüsselthemen Migration, Wirtschaft und Ar-

beit Anlaß für Überlegungen sein, die Kirchen sollten sich künftiger Stellungnahmen zu diesen Fragen enthalten? – Nein, denn es geht bei den referierten Antworten weniger um eine Absage an themenspezifische Interventionen der Kirchen als vielmehr um die Bestätigung einer Aussage ihres Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage („Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“) aus dem Jahr 1997: „Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen.“

Ein ganzes Bündel von Antworten auf einschlägige Fragen der Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt nämlich, daß die Menschen in Deutschland, wie gesagt, den Kirchen ethische Kompetenz zusprechen und es ausdrücklich befürworten, daß sie sich damit in öffentliche Debatten einmischen. Stefan Eisel interpretiert die vorliegenden Daten sogar als „auffällige Orientierungssehnucht“ (81). Je mehr aber unmittelbar politische Fähigkeiten der Ausarbeitung und Durchsetzung konkreter Lösungsansätze benötigt werden und bestimmte Themen, auch durch den Wortlaut der Befragung, diesen professionellen politischen Appeal haben, um so mehr verneinen die Menschen eine Zuständigkeit der Kirchen. Für diese Deutung spricht auch, daß 62 Prozent der Interviewten die Meinung teilen, die Kirchen „sollten nicht versuchen, Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen“ – schon gar nicht, so ist zu ergänzen, zugunsten eigener Interessen (348). Was folgt aus dem Gesagten? Kirchen brauchen nicht zu allen Themen öffentlich Stellung zu beziehen. Wo sie dies tun, sollten sie es, gerade bei wirtschaftlichen Fragen, stärker begründen und ethische Aspekte in den Vordergrund rücken. Auf jeden Fall zu vermeiden ist der Eindruck, sie suchten dabei nur ihren eigenen Vorteil.

Für die Parteien der CDU und CSU enthalten die Umfrageergebnisse zugleich Bestätigung und Mahnung. Zum einen erfahren Tendenzen, christliche Werte aus Parteiarbeit und Politik herauszuhalten zu wollen, eine Absage: Vom Rückhalt in den bereits angeführten Glaubensfragen abgesehen, wünschen sich nur 20 Prozent der Befragten einen geringeren Einfluß des Christlichen in der Politik; 33 Prozent wollen seinen Einfluß gesteigert sehen, und 44 Prozent halten das derzeitige Gewicht christlicher Werte für ausreichend

(367f.). Auch gilt das „C“ im Namen von CDU und CSU den Interviewten mehrheitlich (60 %) als „selbstgewählter Anspruch, an dem sich diese Parteien messen lassen müssen“; nur eine Minderheit (29 %) sieht darin einen „Mißbrauch des Christlichen“ (360f.). Zum anderen sind fast drei Viertel (73 %) aller Interviewten und immerhin 67 Prozent der Katholiken der Auffassung, die CDU/CSU setze christliche Wertvorstellungen in ihrer Politik nicht um (363 f.). Eisel kommentiert dieses „erschreckend eindeutige“ Resultat mit der Aufforderung an CDU und CSU, „sie sollten ihre politischen Konzepte häufiger auch ethisch begründen und nicht nur pragmatisch rechtfertigen – auch weil die Mehrheit der Menschen dieses von der Union erwartet“ (84).

Geben die Ergebnisse der Umfrage Hinweise für eine möglicherweise anstehende Revision des Staat-Kirche-Verhältnisses? Generell nicht, wie zum Beispiel die starke Bejahung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen (82 %) und der Gestaltung seiner Inhalte durch die Kirchen (65 %) oder die mehrheitliche Zustimmung zum Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes (56 %) und zum Aufhängen von Kreuzen in öffentlichen Räumen (54 %) zeigen (364f., 376–381). Doch in der Frage der Kirchensteuer deutet sich eine Plausibilitätslücke und damit entweder ein zusätzlicher Argumentations- oder ein künftiger Änderungsbedarf an. Was nämlich in der Erhebung als technische Frage nach der Art des Kirchensteuereinzugs formuliert war, berührt auch die Einstellungen zur Kirchensteuer als solcher: daß in Deutschland die Finanzämter für die Kirchen Kirchensteuer einziehen, findet eine Mehrheit von 54 Prozent aller Befragten „nicht richtig“ – von Ostdeutschen und den 16- bis 24-jährigen sogar rund 60 Prozent und von ehemaligen Katholiken 87 Prozent (374f.).

Am sichtbarsten betritt die Studie da Neuland, wo sie Einblick gewährt in das Verhältnis der deutschen Gesellschaft zum Islam und zu den hier lebenden Muslimen (382–414). Dieses ist in über- raschend hohem Maß als tolerant und frei von Überheblichkeit und negativen Vorurteilen zu be-

zeichnen: 91 Prozent der Befragten teilen die Überzeugung, „alle Menschen, unabhängig von ihrem Glauben, sind vor Gott gleich“. Umgekehrt widersprechen 76 Prozent der Aussage: „Deutschland ist ein christliches Land. Muslimische Gebräuche haben hier nichts zu suchen.“ Daß „die christliche Religion der islamischen Religion überlegen“ sei, verneinen 69 Prozent und bejahen nur 14 Prozent aller Interviewten. Weiteren Orientierungs- und Wissensbedarf signalisieren die gespaltenen, nahezu gleich verteilten Reaktionen auf die Statements: „Das Christentum ist tolerant, der Islam nicht“ (je 43 % dafür und dagegen) und: „Islam und Christentum vertreten die gleichen Werte“ (39 % dafür, 46 % dagegen). Als jeweils verständliche Wünsche und – in der Gegenüberstellung – klarer Widerspruch müssen folgende beiden Antworten gelten: 64 Prozent der Befragten befürworten die Aussage: „Die in Deutschland lebenden Muslime sollten ihre Religion ohne Einschränkungen ausüben können“, und 67 Prozent sind der Meinung, „die in Deutschland lebenden Muslime sollten bei ihrer Religionsausübung auf die deutsche Bevölkerung stärker Rücksicht nehmen“. Daß im Konfliktfall wohl eher großzügig im Sinn der Religionsfreiheit entschieden würde, deutet sich in weiteren Auskünften zu konkreteren Themen an: 64 Prozent der Menschen würde es nach eigenen Angaben „nicht stören“, wenn in ihrer Nachbarschaft eine Moschee gebaut würde; lediglich ein Drittel ist gegenteiliger Ansicht. Für deutschsprachigen muslimischen Religionsunterricht an deutschen Schulen sprechen sich 53 Prozent aller Befragten – und sogar 65 Prozent der Katholiken – aus, 20 Prozent votieren dagegen. Durch Muslime, die in ihrer Umgebung wohnen, fühlen sich 95 Prozent derjenigen Interviewten, die, wie eine Vorfrage ergab, tatsächlich muslimische Nachbarn haben, nicht gestört.

Michael Hainz SJ

¹ Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage. Hg. v. Bernhard Vogel. Freiburg: Herder 2004. 415 S. Kart. 16. –.